Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8349**

14. Wahlperiode 26. 02. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Blank, Wilhelm Josef Sebastian, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/4150 –

Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes erhalten und sichern

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/4396 –

Wettbewerbsnachteile für deutsches Güterkraftverkehrsgewerbe beseitigen

A. Problem

zu 1.

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie u. a. anstreben, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, auf eine zügige Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Bereich des europäischen gewerblichen Güterkraftverkehrs hinzuwirken, zügig ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der grauen und illegalen Kabotage sowie der illegalen Beschäftigung im EU-Straßengüterverkehr vorzulegen, bei der EU-Kommission auf eine schnelle Lösung der Öko-Punkte-Problematik mit Österreich zu drängen und die Einführung einer streckenbezogenen nutzungsabhängigen Lkw-Gebühr für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe wettbewerbsverträglich zu gestalten sowie die mit dem Gesetz vom 24. März 1999 und mit dem Gesetz vom 16. Dezember 1999 fortgeführte ökologische Steuerreform aufzuheben.

zu 2.

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie u. a. anstreben, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, die deutsche Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw auf das im europarechtlichen Rahmen zulässige Mindestmaß zu reduzieren, um sie letztlich ganz abzuschaffen, die „Öko-Steuer“ genannten Mineralölsteuererhöhungen zurückzunehmen,

mindestens aber die geplanten nächsten Stufen auszusetzen, die für das Jahr 2003 angekündigte Erhöhung der Autobahnbenutzungsgebühr und ihre Umstellung von der Zeit auf die Streckenbezogenheit unter strikter Wahrung der Kostenneutralität für das deutsche Verkehrsgewerbe auszuführen und die bestehenden Defizite bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Güterkraftverkehrsgewerbe innerhalb der EU in einem Harmonisierungsbericht aufzuzeigen und sie abzubauen sowie durch die EU-Osterweiterung keine zusätzlichen Harmonisierungsdefizite entstehen zu lassen.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge auf Drucksachen 14/4150 und 14/4396 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme der Anträge auf Drucksachen 14/4150 und 14/4396.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/4150 abzulehnen,

2. den Antrag auf Drucksache 14/4396 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Reinhold Strobl (Amberg)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Reinhold Strobl (Amberg)

I. Überweisung

Zu 1.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 14/4150** in seiner 127. Sitzung am 26. Oktober 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu 2.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 14/4396** in seiner 127. Sitzung am 26. Oktober 2000 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäische Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu 1.

Die Antragsteller streben mit ihrem Antrag an, der Deutsche Bundestag solle u. a. feststellen, dass angesichts der vielfältigen Wettbewerbsverzerrungen, Sozialdumpingpraktiken, explodierender Kraftstoffpreise und den Wirkungen der sog. Ökosteuer das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe zur Sicherung von Unternehmensexistenzen und Arbeitsplätzen rasche Hilfe brauche und dass die Beseitigung der Harmonisierungsdefizite im Bereich der Steuer- und Sozialvorschriften im europäischen Güterkraftverkehrsmarkt erklärtes Ziel einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik sei. Darüber hinaus soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. dazu auffordern, auf eine zügige Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Bereich des europäischen gewerblichen Güterkraftverkehrs hinzuwirken, zügig ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der grauen und illegalen Kabotage sowie der illegalen Beschäftigung im EU-Straßengüterverkehr vorzulegen, bei der EU-Kommission auf eine schnelle Lösung der Öko-Punkte-Problematik in Österreich zu drängen und die Einführung einer streckenbezogenen nutzungsabhängigen Lkw-Gebühr für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe wettbewerbsverträglich zu gestalten sowie die mit dem Gesetz vom 24. März 1999 und mit dem Gesetz vom 16. Dezember 1999 fortgeführte ökologische Steuerreform aufzuheben.

Zu 2.

Die Antragsteller zielen mit ihrem Antrag darauf ab, der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung u. a. dazu auffordern, die deutsche Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw auf das im europarechtlichen Rahmen zulässige Mindestmaß zu reduzieren um sie letztlich ganz abzuschaffen, die „Öko-Steuer“ genannten Mineralölsteuererhöhungen zurückzunehmen, mindestens aber die geplanten nächsten Stufen auszusetzen, die für das Jahr 2003 angekündigte Erhöhung der Autobahnbenutzungsgebühr und ihre Umstellung von der Zeit auf die Streckenbezogenheit unter strikter Wahrung der Kostenneutralität für das deutsche Verkehrsgewerbe auszuführen und die bestehenden Defizite bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Güterkraftverkehrsgewerbe innerhalb der EU in einem Harmonisierungsbericht aufzuzeigen und sie abzubauen sowie durch die EU-Osterweiterung keine zusätzlichen Harmonisierungsdefizite entstehen zu lassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu 1.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4150 in seiner 86. Sitzung am 7. Februar 2001 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4150 in seiner 73. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4150 in seiner 118. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4150 in seiner 53. Sitzung am 7. März 2001 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4150 in seiner 56. Sitzung am 15. November 2000 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4150 in seiner Sitzung am 8. November 2000 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Zu 2.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 86. Sitzung am 7. Februar 2001 die Vorlage auf Drucksache 14/4396 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4396 in seiner 73. Sitzung am am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4396 in seiner 56. Sitzung am 15. November 2000 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlagen in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten. Den Antrag auf Drucksache 14/4150 hat er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt. Er hat den Antrag auf Drucksache 14/4396 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** meinte, sie könne einige Forderungen des Antrags nicht mittragen. Für die Forderung nach einer zügigen Harmonisierung habe es keines Antrags bedurft. Hinsichtlich der Forderung nach Aufhebung der Öko-Steuer stelle sich auch die Frage, inwieweit dies mit den Forderungen des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber übereinstimme.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass ihr Antrag (Drucksache 14/4150) aus dem September 2000 stamme, aber nach wie vor aktuell sei, denn die in dem Antrag erhobenen Forderungen seien aus ihrer Sicht nicht erfüllt. Man sei der Auffassung, dass die Öko-Steuer falsch sei. Insgesamt mache die Bundesregierung lediglich eine Ankündigungspolitik, bei der Harmonisierung seien auf europäischer Ebene keine Erfolge zu verzeichnen. Die Situation für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe habe sich verschlechtert.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, dass die Bemühungen um Harmonisierungsschritte auf einem guten Weg seien. Infolgedessen halte man weitergehende Forderungen, wie sie in den Anträgen zum Ausdruck kämen, nicht für zielführend. Insbesondere halte man es für illusionär, das Thema Abschaffung der Öko-Steuer an dieser Stelle noch einmal aufzugreifen.

Die **Fraktion der FDP** meinte zu den Anträgen, dass sich einige Forderungen durch Zeitablauf erledigt hätten; das mache aber den Inhalt der Anträge nicht falsch. Es sei ungeklärt, wie nach einer Abschaffung der Kfz-Steuer den Ländern der Einnahmeausfall ausgeglichen werden solle. Man glaube nicht, dass ein solcher Ausgleich von Seiten der Koalitionsfraktionen ernsthaft gewollt sei. Es werde seit über einem Jahr angekündigt, dass für das deutsche Lkw-Gewerbe die zusätzliche Belastung aus der Einführung der Lkw-Maut ausgeglichen werden solle. Konkrete Maßnahmen seien bisher aber nicht erkennbar. Sie halte deshalb ihren Antrag aufrecht.

Berlin, den 20. Februar 2002

Reinhold Strobl (Amberg)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333